Stärkung ländlicher Räume in der neuen EU-Förderperiode ab 2028

Ausgangslage

- Die im Juli 2025 vorgelegten Entwürfe zum mittelfristigen Finanzrahmen der Europäischen Union sehen eine völlig neue Struktur in der EU-Förderung ab 2028 vor. Die bisher bekannten Förderinstrumente einschließlich der Gemeinsamen Agrarpolitik sollen zusammengefasst werden.
- Zukünftig sind "nationale und regionale Partnerschaftspläne" (NRPP) auf der Ebene der Mitgliedsstaaten vorgesehen. Darin soll die Förderung durch europäische Gelder mit der Erfüllung von Reformzielen verknüpft werden.
- Die bisherigen Entwürfe der EU-Kommission sehen im Gegensatz zum bisher angewendeten Verfahren keine inhaltlichen Vorgaben für die Entwicklung des ländlichen Raumes vor. Insbesondere gibt es keine Festlegung einer finanziellen Mindestausstattung für die ländliche Entwicklung und LEADER.
- Es besteht die große Gefahr, dass diese Förderbereiche in Zukunft keine Beachtung mehr finden werden.
- LEADER ist keine klassische F\u00f6rderung, sondern eine bew\u00e4hrte Methodik der Regionalentwicklung, die auf lokaler Beteiligung basiert. Die Bedarfsorientierung und Selbstwirksamkeit der lokalen Akteure st\u00e4rken demokratische Prozesse und die regionale Identit\u00e4t.
- Die **Bundesebene** hat zukünftig einen **maßgeblichen Einfluss** auf die Ausgestaltung des NRPP für Deutschland im Rahmen des EU-Ansatzes "Single-Fonds" in der neuen Förderperiode ab 2028 und damit auf die Verankerung des LEADER-Ansatzes.
- Die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" ist zentraler Bestandteil der Entwicklung ländlicher Räume.
 - Aufgrund der Streichung des Sonderrahmenplans ländliche Entwicklung durch den Bund im Jahre 2024 findet in Brandenburg aktuell praktisch keine Förderung der ländlichen Entwicklung im engeren Sinne aus der GAK statt.

Zentrale Forderungen

- (1) Verankerung der LEADER-Methode im Nationalen Partnerschaftsplan:
 - Mindestanteil für LEADER festschreiben
 (2 Mrd. Euro m Bund, davon 300 Mio. für LEADER in Brandenburg)
 - Sicherstellung eines hohen EU-Finanzierungsanteils (80 %)
 - Beibehaltung der Bottom Up-Strukturen und des bestehenden LAG-Engagements
- (2) Ausreichende Finanzierung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) im GAK-Rahmenplan (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"):
 - Fokus auf Daseinsvorsorge und ländliche Infrastruktur
 - mindestens 30 Mio. Euro jährlich für ILE in Brandenburg
- (3) Förderung regionaler Wirtschaftskraft im ländlichen Raum
 - Unterstützung von Wertschöpfungsketten und wirtschaftlicher Entwicklung insbesondere von Kleinst-/Kleinunternehmen im ländlichen Raum
- (4) Stärkung der kommunalen Finanzkraft zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit ländlicher Kommunen
 - Gleichwertige Lebensverhältnisse und verlässliche Daseinsvorsorge sind zentrale kommunale Aufgaben im ländlichen Raum. Dafür braucht es eine solide Finanzbasis und gezielte Unterstützung von EU, Bund und Ländern.
- (5) Sicherstellung eines nahtlosen Übergangs zur neuen Förderperiode ab 2028
 - finanzielle Planungssicherheit durch Vermeidung von Finanzierungslücken für Projektträger, LAGn und Regionalmanagements gewährleisten

Die ländlichen Räume sind zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die nachhaltige Entwicklung Deutschlands.

Fehlende oder nicht bedarfsgerechte finanzielle Mittel gefährden die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume und führen zu erheblichen Einschränkungen der Handlungsfähigkeit von Kommunen und lokalen Akteuren.

Komplexe und praxisferne Verwaltungsverfahren erschweren die Umsetzung lokaler Projekte und hemmen bürgerschaftliches Engagement sowie unternehmerische Initiativen.

Die mangelnde politische Aufmerksamkeit für ländliche Regionen verstärkt das Gefühl, von zentralen Entscheidungen ausgeschlossen zu sein. Dies wirkt sich negativ auf die gesellschaftliche Teilhabe und das Gemeinschaftsgefühl aus.

Die Vernachlässigung ländlicher Räume untergräbt das Vertrauen in staatliche Institutionen. Dies führt zu einer sinkenden Wahlbeteiligung, wachsender Politikverdrossenheit und der Hinwendung zu populistischen Bewegungen.

Links zu Hintergrundinformationen

Verordnungsentwürfe der EU

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/long-term-eu-budget/eu-budget-2028-2034 en?prefLang=de#legal-documents

Stellungnahme der Ministerpräsidenten Ostdeutschlands

https://thueringen.d e/fileadmin/MPK-Ost 2024 2025/Weimar/2025-09-25 MPK-O TOP 1 MFR RS.pdf

Informationen zu den Brandenburger LEADER-Regionen

https://www.forum-netzwerk-brandenburg.de/leader